

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 D8
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 75

19. April 1985

Alfred Emmerlich MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zieht ein Fazit des Hearings zum Thema Künstliche Befruchtung und Leihmutter-schaft. Seite 1

Heidmarie Wieczorek-Zeul MdEP, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten, stellt einen Beschluß des Europäischen Parlaments zum Weltwirtschaftsgipfel vor. Seite 3

Dietmar Zierer MdL, Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, verurteilt die Diskriminierung von Zivildienstleistenden in Bayern: Angst vor pazifistischer "Indoktrination". Seite 5

Volkmar Gabert, Vorsitzender der Georg-von-Vollmar-Akademie, weist auf eine gemeinsame Initiative der Sozialdemokraten im Alpenraum hin: Den Bergwald retten. Seite 7

Schwerwiegende ethische Fragen

SPD-Beitrag zur Bewältigung der Probleme der künstlichen Befruchtung und Leihmutter-schaft

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltete am Dienstag, dem 16. April 1985 eine ganztägige Anhörung zu Problemen der künstlichen Befruchtung und der Leihmutter-schaft. Geladen waren Natur- und Geisteswissenschaftler sowie sachkundige Verbände. Die Diskussion, die von allen Beteiligten sehr sachlich, aber auch sehr engagiert geführt wurde, zeigte, daß die künstliche Befruchtung eine Reihe schwerwiegender und grundlegender ethischer Fragen aufwirft, von denen die meisten bisher ungeklärt sind. Es ist dringend erforderlich, daß diese Probleme in einer intensiven gemeinsamen Diskussion unter Beteiligung aller Wissenschaftsbereiche und der Politik wieder erörtert werden. Nur dadurch kann es gelingen, eine breite und abgesicherte Basis für die Entscheidungen zu gewinnen, die unvermeidlich auf uns zukommen.

Schon jetzt kann festgestellt werden:

1. Die notwendigen Entscheidungen dürfen nicht den im Einzelfall Handelnden überlassen werden. Es besteht unzweifelhaft ein Bedarf an allgemein gültigen Regelungen. Inwieweit Verhaltensrichtlinien der ärztlichen Standesorganisationen ausreichen und wieweit gesetzliche Regelungen notwendig sind, muß unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung sowie der bisherigen und zukünftiger Erfahrungen sorgfältig geprüft werden. Besonderes Interesse verdienen die Richtlinien, die dem Ärztetag im Mai dieses Jahres in Travemünde vorgelegt und von ihm verabschiedet werden sollen.



2. So verständlich und beachtenswert der Wunsch nach einem Kinde ist, im Vordergrund muß das Wohl des Kindes stehen, das durch eine künstliche Befruchtung erzeugt wird.
3. Die gravierendsten Probleme treten nicht auf, wenn die künstliche Befruchtung mit dem Samen des Ehemannes oder des ständigen Partners durchgeführt wird, sondern dann, wenn der Samen eines Dritten verwandt wird.
4. Eine außerhalb des Mutterleibes befruchtete menschliche Eizelle ist kein Gegenstand mit dem nach Belieben verfahren werden darf, sondern werdendes menschliches Leben, das als solches geschützt werden muß. Es ist deshalb darauf hinzuwirken, daß nur so viel Eizellen befruchtet werden wie zur Implantation (Wiedereinpflanzung) erforderlich sind. Ein befruchtetes Ei darf nicht zum Objekt von Experimenten gemacht werden. Ein Einfrieren auf unabsehbare Zeit ist nicht zu billigen.
5. Die "Leihmutterschaft" kann nicht akzeptiert werden. Sie verstößt gegen die Menschenwürde und setzt das Kind unvermeidbaren Risiken aus, weil die unverzichtbare natürliche Bindung zwischen Mutter und Kind dadurch zerstört, jedenfalls untergraben werden kann.
6. Jeder Mensch hat Anspruch auf Auskunft über seine Abstammung. Damit ist unvereinbar eine Anonymisierung von Samenspendern, Eispenderinnen oder durch Samenmischung.
7. Jeder Kommerzialisierung muß wirksam und unverzüglich entgegengetreten werden.
8. Das gilt auch für Samenbanken. Ihr Betrieb muß ferner von einer öffentlich rechtlichen Genehmigung abhängig gemacht werden. Die Genehmigung ist nur zu erteilen, wenn der Betreiber seine fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit nachgewiesen hat. Eine Auswahlmöglichkeit für die Empfänger von Samen nach "züchterischen" Aspekten muß ausgeschlossen werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird das Protokoll ihrer Anhörung der Öffentlichkeit zugänglich machen. Sie selbst wird die Anhörung sorgfältig auswerten. Sie bittet alle Fachleute und die interessierte Öffentlichkeit sich an der Auswertung ihrerseits zu beteiligen. Schon jetzt darf festgestellt werden, daß die Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion ein wichtiger Beitrag für die Bewältigung der Probleme der künstlichen Befruchtung sein wird.

(-/19.4.1985/hü/ks)

+ + +



Reagans Verantwortung für die Weltwirtschaftskrise

Europäisches Parlament kritisiert die Vereinigten Staaten

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MfEP

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten

Das Europäische Parlament hat am gestrigen Donnerstag im Hinblick auf den Bonner Weltwirtschaftsgipfel einen Entschluß gefaßt, den sich die Bundesregierung und die übrigen EG-Mitgliedsländer für ihren Umgang mit den USA zu eigen machen sollten. Die von der Sozialistischen Fraktion eingebrachte Entschließung geht von der Tatsache aus, daß allein in der EG mindestens zwölf Millionen Menschen unter der Massenarbeitslosigkeit leiden und die Armut und der Hunger in vielen Ländern der Dritten Welt zunehmen. An dieser Entwicklung tragen nach Feststellung der Parlamentsmehrheit die verantwortlichen Politiker der USA maßgebliche Verantwortung, weil

- o die Zerrüttung der internationalen Wirtschaftsordnung auf das riesige Haushaltsdefizit der USA, das für 1985 mit 235 Milliarden Dollar vor allem wegen der erheblich gestiegenen Rüstungsausgaben veranschlagt wird, zurückzuführen ist und zu dem beispiellosen Zahlungsbilanzdefizit von 110 Milliarden Dollar geführt hat,
- o die Vereinigten Staaten wegen ihrer Haushaltspolitik erstmals seit dem Ersten Weltkrieg zu einem Nettoschuldner geworden sind,
- o die zunehmende Verschuldung der USA bei anderen Ländern wirtschaftlich gesehen bedeutet, daß die USA aus der übrigen Welt Ressourcen abziehen, die zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und des Hungers sowie zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft unerläßlich sind,
- o die Wirtschaftspolitik der USA die Schuldenkrise der Länder der Dritten Welt verschärft und die Gefahr einer Zunahme protektionistischer Tendenzen erhöht,
- o trotz der Versuche der Wirtschaftsgipfel von Williamsburg und London, die US-Regierung zu einer Änderung ihres Wirtschaftskurses zu veranlassen, die Reagan-Administration an dieser gefährlichen Politik festhielt.

Was schlägt das Europäische Parlament in dieser Situation vor?

Es fordert die Regierungen der auf dem Gipfeltreffen der Industrienationen in Bonn vertretenen Mitgliedstaaten sowie die Kommission als Sprecherin der übrigen Mitgliedstaaten und der Europäischen Gemeinschaft insgesamt auf, folgende Vorschläge zu unterbreiten:

- Senkung der amerikanischen Zinsen, die zu einem Wettlauf der Realzinssätze in der ganzen Welt führen; eine Vorbedingung für die Verwirklichung dieses Ziels ist der Abbau des amerikanischen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizits;
- Verhinderung neuer protektionistischer Maßnahmen insbesondere in den Vereinigten Staaten und Abbau bestehender protektionistischer Maßnahmen in Japan;



- Begrenzung der Währungsspekulation durch eine gemeinsame Initiative der Notenbanken und eine weitere Stärkung des europäischen Währungssystems;
- ein gemeinsames Vorgehen der führenden Länder der OECD mit dem Ziel eines nachhaltigen Wachstums der Wirtschaftstätigkeit und des internationalen Handels, um die Investitionen zu steigern, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Unterstützung für die Entwicklungsländer zu intensivieren;
- eine konzertierte Wiederbelebung der Wirtschaft ausgehend von
 - a) sozial- und umweltpolitisch vertretbaren Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze;
 - b) einer Verkürzung der Arbeitszeit.

In diesem Zusammenhang ist auch die Ablehnung jeder Militarisierung des Weltraums durch das Europäische Parlament ebenso deutlich wie zweckdienlich, weil durch solche Wahnsinnsprojekte das Wettüsten weiter angeheizt und die zur wirtschaftlichen Gesundung dringend benötigten Mittel verschwendet würden.

Notwendig war auch die Warnung, wegen der jüngsten Stabilisierung der internationalen Erdölpreise die langfristigen Erfordernisse einer weiteren Rationalisierung des Energieeinsatzes und der Entwicklung regenerativer Energiequellen zu vernachlässigen. Das EP führt diese Preis-Stabilisierungen auf die wirtschaftliche Rezession zurück. Es weist darauf hin, daß Bemühungen zur Energie-Rationalisierung und Entwicklung regenerativer Energiequellen in den Industrienationen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen und gleichzeitig sicherstellen, daß zur Deckung der wachsenden Nachfrage in den Entwicklungsländern ausreichende Energie vorhanden sein wird.

Es kommt jetzt darauf an, daß die Bundesregierung und die anderen beteiligten EG-Regierungen gegenüber den USA entschieden die europäischen Interessen vertreten, die in diesem Fall im übrigen der gesamten Weltwirtschaft dienen.

(-/19.4.1985/nü/ks)

+ + +



Angst vor pazifistischer "Indoktrination"

Zivildienstleistende dürfen in Bayern nicht mehr in der Jugendarbeit eingesetzt werden

Von Dietmar Zierer MdL

Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Seltsame Blüten treibt die Angst von Unionspolitikern, die Jugend könnte durch Zivildienstleistende pazifistisch "indoktriniert" werden. Aufgrund neuer Richtlinien zum Zivildienstgesetz, die der Bundesjugendminister Geißler erließ und die Bayerns Kultusminister Maier jetzt ausdrücklich guthieß, dürfen Zivildienstleistende künftig nicht mehr in der Jugendarbeit eingesetzt werden. Bei der zu befürchtenden strikten Anwendung der neuen Richtlinien kann sogar der Fall eintreten, daß ein Zivildienstleistender selbst dann nicht für die Jugendarbeit eingeteilt wird, wenn er beruflich für die Jugendbetreuung ausgebildet ist.

Herausgekommen waren diese bislang nur verwaltungsintern bekannten neuen Richtlinien, durch die die Einsatzmöglichkeiten von Zivildienstleistenden offensichtlich gezielt eingeschränkt werden sollen, bereits beim "Tag der Jugend" im Bayerischen Landtag, im Dezember vergangenen Jahres. Im Arbeitskreis Jugendverbandsarbeit hätten sich mehrere Jugendliche, die in der Jugendverbandsarbeit tätig sind, darüber beschwert, daß angeblich in Zukunft Ersatzdienstleistende nicht mehr im Bereich der Jugendverbandsarbeit eingesetzt werden dürfen.

Ich mißbillige diese Absicht nachdrücklich, weil damit eine Streichung von Verwaltungsstellen im Bereich der Jugendarbeit verbunden ist. Auch der Präsident des Bayerischen Jugendrings, Robert Sauter, verwahrte sich im übrigen "mit aller Deutlichkeit" gegen solche Stellenkürzungen.

Die Antwort, die mir Kultusminister Maier aufgrund meiner Bitte um eine Stellungnahme gab, bestätigt meine schlimmsten Befürchtungen. Maier schiebt die Verantwortung zwar dem Bundesamt für den Zivildienst zu, räumt aber ein, daß das Kultusministerium zu Anträgen auf Anerkennung neuer Beschäftigungsstellen im Bereich der Jugendarbeit "gutachtlich Stellung nimmt". Laut Maier würden die Richtlinien zum Paragraph 4 des Zivildienstgesetzes (ZDG) "dahin konkretisiert, daß neue Zivildienstplätze im Verwaltungsbereich - das heißt solche, bei denen die Verwaltungstätigkeit mehr als 30 Prozent der Gesamttätigkeit ausmacht - nicht mehr anerkannt werden".



Begründet wird dies formell mit dem gesetzlichen Vorrang des sozialen Bereichs für Zivildienstleistende, etwa Pflege und Betreuung von Alten, Kranken, Behinderten. Den wirklichen Grund für den Ausschluß von Zivildienstleistenden aus dem Verwaltungsbereich der Jugendarbeit nennt Maier am Schluß seines Antwortbriefes: "Ich halte diesen Standpunkt in bezug auf die Jugendverbandsarbeit auch deshalb für richtig, weil sich hier die reine Verwaltungsarbeit von der inhaltlich-konzeptionellen Arbeit, die die ureigenste Sache des jeweiligen Verbandes und seiner verantwortlichen Mitarbeiter ist, nur schwer trennen läßt."

Im Klartext: Minister Maier befürchtet, daß Zivildienstleistende einen Jugendverband "konzeptionell" beeinflussen, zum Beispiel eine pazifistische Stimmung verbreiten könnten. Sieht Maier schon im Zivildienstleistenden, der Akten sortiert, eine Gefahr, muß er konsequenterweise um so mehr bemüht sein, den unmittelbaren Kontakt von Zivildienstleistenden zu Jugendlichen zu verhindern. Und das tut der Minister denn auch: Es müsse, schreibt Maier, "gewährleistet sein, daß der Zivildienstleistende nicht zur unmittelbaren pädagogischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt wird".

Fazit: Wer das grundgesetzlich garantierte Recht auf Kriegsdienstverweigerung wahrnimmt, wird von Politikern der Union schon fast wie ein Kindsverderber behandelt. Diese unsinnige Angst vor Infiltration und Indoktrination durch Zivildienstleistende, denen in aller Regel ein hohes moralisches Niveau unterstellt werden kann, verstößt gegen den Geist des Grundgesetzes und gegen Grundsätze der Toleranz, wie sie im Freistaat Bayern gelten sollten. (-/19.4.1985/bb/ks)

+ + +



Den Bergwald retten

Die Sozialdemokraten im Alpenraum wollen gemeinsam initiativ werden

Von Volkmar Gabert

Vorsitzender der Georg-von-Vollmar-Akademie

"Die Situation des Bergwaldes im Alpenraum" steht als Thema im Mittelpunkt einer Fachtagung, die von der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum" und der Georg-von-Vollmar-Akademie (Küchei am See) Anfang Mai in Salzburg veranstaltet wird.

Die sozialdemokratischen Parteien aus Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Kärnten, aus der Schweiz, aus Bayern und aus Italien werden sich zusammen mit Vertretern der Alpenvereine, der Naturfreunde, der Naturschutzbünde, der Waldbesitzvereine, der Bergbauernvertreter, der Gewerkschaften und der Jagdverbände der Belange einer Region annehmen, die mehr als andere Landschaften unter der Umweltzerstörung gelitten hat. Ein weiteres, die Tagung bestimmendes Element ist die Sorge der Alpen-Sozialisten, daß diese Zerstörung weiter fortschreiten wird, wenn nicht in kürzester Zeit gehandelt wird.

Der Alpenwald ist stärker von Schäden betroffen als der übrige Wald. Allein 70 Prozent des Alpenwaldes haben die Funktion eines Schutzwaldes. Diese Funktion ist durch die Waldschäden stark gefährdet. Damit erhöhen sich für die Bewohner des Alpenraumes die Risiken: Mehr als bisher drohen Lawinenabgänge, Steinschläge, Felsstürze, Überflutungen, Hochwasser und Bodenverwehungen. Im gesamten Alpenvorland ist das Wasserhaushaltsgleichgewicht gefährdet. Weitere Gefahren drohen der Berglandwirtschaft durch den Verlust wertvoller Weideflächen, die vom Fremdenverkehr beansprucht werden.

Ich habe die Gefahren, die auf die Alpenbewohner zukommen, nur angedeutet. Doch dies reicht aus, um das volle Ausmaß der Bedrohung für diese als Lebens- und Wirtschaftsraum der einheimischen Bevölkerung unverzichtbare Region vor Augen zu führen. Unverzichtbar auch, weil die Alpen zugleich ökologischer Ausgleichs- und Erholungsraum sowie Rückzugsgebiet für seltene Tier- und Pflanzenarten sind.

Ohne menschliche Hilfe - so die Erkenntnisse der Fachleute - geht die großartige Alpenlandschaft in ihrer bisherigen Form und Funktion für Mensch, Tier und Pflanzen verloren. Dies erfordert auch und im besonderen Maße staatliches Handeln. Nicht nur auf Landesebene sind Maßnahmen notwendig. Dringender ist eine koordinierte, Landesgrenzen überschreitende Zusammenarbeit in der Umweltschutzpolitik.

Angeichts dieser Notwendigkeiten wird sich die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum" mit den vier Bereichen

- Luftreinhaltung in den Alpen,
- waldbauliche Maßnahmen einschließlich Jagd- und Weidennutzung,
- Nutzungsbeschränkungen, zum Beispiel keine touristischen Erschließungen, keine wirtschaftliche Waldnutzung, Beschränkung des individuellen Autoverkehrs und
- Forschungsvorhaben über die Waldschäden im Alpenbereich

beschäftigen.

Als Ergebnis unserer Arbeit werden wir einen Katalog von Sofortmaßnahmen zur Erhaltung des Bergwaldes vorlegen und die Verantwortlichen zu konkretem Handeln auffordern.

(-/19.4.1985/bb/ks)

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

